



**Geschäftsführung
Ausschuss Soziales und Senioren**

Herr Becker

Telefon: (0221) 221-27467

Fax: (0221) 221-29047

E-Mail: robert.becker@stadt-koeln.de

Datum: 20.08.2012

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 26.06.2012, 15:30 Uhr bis 18:10 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Dr. Christiane Köhler auf Vorschlag der CDU

Vorsitzender

Herr Michael Paetzold SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Walter Schulz	SPD
Frau Cornelia Schmerbach	SPD
Frau Monika Schultes	SPD
Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Niklas Kienitz	CDU
Herr Jürgen Koch	CDU
Herr Peter Krücker	auf Vorschlag der CDU
Herr Ossi Werner Helling	GRÜNE
Herr Horst Ladenberger	auf Vorschlag der Grünen
Herr Dr. Ralf Unna	GRÜNE
Frau Katja Hoyer	FDP
Herr Jörg Uckermann	pro Köln

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Frau Gisela Stahlhofen DIE LINKE.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel auf Vorschlag der SPD

Herr Franz Xaver Corneth auf Vorschlag der CDU
Frau Jutta Eggeling auf Vorschlag der Grünen
Frau Antje Fratini (FDP) auf Vorschlag der Grünen

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Carolina Brauckmann Rubicon, Beratungszentrum für Lesben und Schwule

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Helene Uckermann auf Vorschlag der Fraktion PRO KÖLN

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Jörg Detjen DIE LINKE.
Frau Annelie Appelman doMS e.V.

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

Frau Helga Blümel Diakonisches Werk des Evangelischen Kirchenverbandes
Köln und Region
Frau Monika Dierksmeier Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe
Köln e.V.
Herr Stefan Kersjes Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Edith Marschall Seniorenvertretung der Stadt Köln

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

Herr Marc Ruda Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Köln e.V.

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Regina Wilden pro Köln

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

3 Beantwortung von Anfragen

- 3.1 Winterhilfe 2011/2012 für Kölner Wohnungslose
Beantwortung der Anfrage AN/0581/2012 der FDP-Fraktion vom 24.04.2012 zur Mitteilung 0711/2012
1612/2012
 - 3.2 Kennzahlenvergleich zur Schuldner- und Insolvenzberatung in den großen Großstädten
Beantwortung der mündlichen Anfrage des Vorsitzenden Herrn Paetzold in der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 26.04.2012
2289/2012
 - 3.3 Energiearmut
1027/2012
 - 3.4 Anfrage der CDU-Fraktion aus Sitzung vom 26.04.2012 (TOP 10.2.1) bez. Mängel in der gesundheitlichen Versorgung wegen fehlender Krankenversicherung (AN/0596/2012)
2203/2012
 - 3.5 Anfrage von Herrn Dr. Schulz zu den Arbeitsbedingungen/zur Betreuungsrelation im Jobcenter Köln
2339/2012
 - 3.6 Mitteilung zu TOP 4.5 der Sitzung vom 26.04.2012 bzgl. des Kennzahlenvergleichs zur Schuldner- und Insolvenzberatung in den großen Großstädten
2343/2012
 - 3.7 Kooperation zwischen der Stadt Köln/Jobcenter und dem Mieterverein
2394/2012
- #### **4 Mitteilungen**
- 4.1 Aktueller Sachstand zur Inanspruchnahme des Bildungspaketes (bereits am 26.04.2012 auf der Tagesordnung)
0688/2012

- 4.2 Arbeitslosenberatung in Köln - Jahresbericht 2011 (bereits am 26.04.2012 auf der Tagesordnung)
1291/2012
- 4.3 Gesunde Städte Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland
hier: Kompetenzzentrum "Gesundheit im Alter"
1010/2012
- 4.4 Vorschlag zur Erstellung eines Handlungsprogramms KALK NORD 2012 +
1372/2012
- 4.5 Sperrbezirke im Kölner Süden, Prostituierte aus Köln Meschenich, Seitenstreifen "Am Eifeltor"
1477/2012
- 4.6 Kölner Bildungsbericht - Bildungsmonitoring 2012
Von frühkindlicher Bildung bis Weiterbildung
1490/2012
- 4.7 Kölner Statistische Nachrichten 2/2012
Generationenwechsel in älteren Ein- und Zweifamilienhausgebieten
1539/2012
- 4.8 Tätigkeitsberichte der nichtstädtischen Antidiskriminierungsbüros über das Jahr 2011
1891/2012
- 4.9 Inklusionsplan für Kölner Schulen - Entwicklung inklusiver Bildungslandschaften in Verantwortungsgemeinschaft von Stadt und Land
2017/2012
- 4.10 Pegel Köln 3/2012
Bevölkerungsentwicklung 2011
2253/2012
- 4.11 Information über geänderte Rechtsprechung zu Mietanteilen bei volljährigen Kindern und über die Umsetzung der Rechtsprechung
1944/2012
- 5 Wohnen**
- 5.1 Pegel Köln 2/2012
Wohnungsmarkt Köln - Expertenbefragung 2011 -
Anspannung bei gutem Investitionsklima
2199/2012

6 Sachstand Programm Mülheim 2020

- 6.1 MÜLHEIM 2020 - Sachstandsbericht
2335/2012

7 JobCenter Köln

- 7.1 Bericht des Jobcenters Köln
2338/2012
- 7.2 Anfragen an das Jobcenter

8 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

- 8.1 Aufzug von der Haltestelle Altermarkt/Rathaus zum Rathausplatz
hier: Beschlussempfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
aus der Sitzung am 22.06.2012
2414/2012
- 8.2 Toilettenkonzept - Beschlussempfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behin-
dertenpolitik - Sitzung am 22.06.2012
2413/2012

9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

- 9.1 Fertigstellung von Sozialhäusern durch private Investoren (bereits am
26.04.2012 auf der Tagesordnung)
AN/0253/2012

10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

- 10.1 Anfragen zu früheren Sitzungen
 - 10.1.1 Mängel in der gesundheitlichen Versorgung wegen fehlender Krankenversi-
cherung (bereits am 26.04.2012 auf der Tagesordnung)
AN/0596/2012
 - 10.1.2 Betriebsintegrierte Werkstattarbeitsplätze und Ausbildungsplätze für behinder-
te Menschen
AN/0329/2012
- 10.2 Aktuelle Anfragen
 - 10.2.1 Kooperation zwischen Stadt Köln/Jobcenter und dem Mieterverein
AN/1006/2012

10.2.2 Seniorennetzwerke in Köln
AN/1087/2012

10.2.3 Handhabung bei den Kosten der Unterkunft nach dem Urteil des BSG und dem Hinweis des MAIS.
AN/1091/2012

11 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

11.1 Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zur "Offenen Schule Köln" (bereits am 26.04.2012 auf der Tagesordnung)
0874/2012

11.2 Antrag auf Anerkennung als Interkulturelles Zentrum,
hier: MAGNET - Deutsch-Russisches Kultur- und Integrationszentrum e.V.,
Frankfurter Str. 102-104, 51065 Köln
1893/2012

11.3 Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Vergabe: "Freie Mitarbeit im Veranstaltungsbereich des Bürgerhauses Kalk" für den Zeitraum 3. und 4. Quartal 2012
2252/2012

11.4 Handlungskonzept Behindertenpolitik - "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle"
hier: 1. Folgebericht - "2010/2011 Bilanz und Ausblick"
1771/2012

12 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

13 Ausschussempfehlungen an den Rat

14 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

15 Anfragen

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

3 Beantwortung von Anfragen

3.1 Winterhilfe 2011/2012 für Kölner Wohnungslose Beantwortung der Anfrage AN/0581/2012 der FDP-Fraktion vom 24.04.2012 zur Mitteilung 0711/2012 1612/2012

Der Ausschuss nimmt die Beantwortung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

3.2 Kennzahlenvergleich zur Schuldner- und Insolvenzberatung in den großen Großstädten Beantwortung der mündlichen Anfrage des Vorsitzenden Herrn Paetzold in der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 26.04.2012 2289/2012

Der Vorsitzende Herr Paetzold ist mit der Beantwortung zu TOP 3.2 einverstanden.

3.3 Energiearmut 1027/2012

Herr Detjen dankt der Verwaltung für die Beantwortung und der Rhein Energie für die Bereitstellung der Daten. Den Inhalt der Beantwortung empfindet er jedoch als beängstigend. Er interpretiert die Beantwortung so, dass die Armut zugenommen habe. Dies bedeute aber nicht, dass die Rhein Energie schlecht gearbeitet habe. In den letzten vier Jahren sei die Anzahl der Stromsperrungen von 1% der Kunden (aus dem Jahr 2008) der Haushalte auf ca. 1,4% gestiegen. Dies bedeute, dass 10.000 Menschen mehr von einer Stromsperrung betroffen seien. Er fragt die Rhein Energie, wie zukünftig mit dem Problem umgegangen werden solle, dass die von der Stromsperrung betroffenen Menschen trotzdem eine Mindestmenge an Strom erhalten können. Zusätzlich möchte er wissen, ob es die Möglichkeit gebe, mit „intelligenten“ Stromzählern diesen Prozess zu beschleunigen. Weiter fragt er, was die Grundlage für die Behauptung sei, dass ein Großteil der Kunden die von der Stromsperrung betroffen seien gar keine Leistungen aus dem SGB II erhalten würden.

Herr Helling erläutert, dass es für ihn die soziale Komponente und die Maßnahme zum effektiven Energiesparen gebe. Er fragt:

- ob 6 oder 7 Mitarbeiter zusätzlich eingestellt wurden um nach einem Wuppertaler Modell zu arbeiten.

- Wurden diese Stellen durch den allgemeinen Arbeitsmarkt besetzt oder gab es bei diesen Stellen eine Förderung durch das Jobcenter.
- Wie läuft in Köln die Beratung in sozial schwachen Haushalten bei dem Thema Stromsparen und wie viele Arbeitsstellen sind bei der Rhein Energie mit diesem Thema beschäftigt.
- Was macht der Caritasverband zu diesem Thema und welche weiteren Modelle gibt es um bei einkommensschwachen Haushalten das Stromsparen weiter zu steigern.

Herr Dr. Schulz fragt, ob es eine Möglichkeit gebe eine Mindestversorgung an Strom für Menschen, die von einer Stromsperrung betroffen seien, sicherzustellen. Weiter möchte er gerne Wissen wie die Struktur der betroffenen Haushalte aussehe. Des Weiteren möchte er wissen, ob es eine Möglichkeit des Anbieterwechsels gebe, damit man einer Stromsperrung ausweichen könne.

Frau Hoyer fragt, wie sich die Kommunikation zwischen RheinEnergie und Jobcenter gestalten würde, da bei Zahlungsverzug von Energiekosten die gesetzliche Möglichkeit bestehe, monatliche Abschlagszahlungen direkt aus dem Leistungsanspruch heraus an den Energieträger abzuzweigen.

Herr Krücker bittet um eine intensivere Analyse zu diesem Thema und möchte wissen, wie viele Menschen in Köln von Stromsperrungen betroffen seien. Für die Caritas erläutert er, dass das Projekt Stromsparmcheck ein Bundesprojekt mit 107 Standorten und 750 „Stromsparmcheckern“ sei. In Köln seien die „Stromsparmchecker“ in der Regel von der ARGE subventioniert. Die Koordinierungsstelle werde von der RheinEnergie finanziert.

Frau Stahlhofen fragt ob SGB XII Empfänger besonders von Stromsperrungen betroffen seien.

Herr Gersabeck (Mitarbeiter der Rhein Energie) antwortet, dass die Rhein Energie dem Thema Energiearmut kritisch und mit großer Sorgfalt gegenüber stehe. Den Weg den die RheinEnergie bei diesem Thema verfolge sei Beratung, Information und Prävention und nicht das Anbieten besonderer Sozialtarife. Ferner verfolge die Rhein Energie mehrere kooperative Modelle. Zusätzlich gebe es bei der Rhein Energie eine eigene Energieberatungsstelle. Ergänzend bemühe man sich bei weiteren Pilotprojekten mit zu machen. Des Weiteren veranstaltet die Rhein Energie zu diesem Thema einen „Runden Tisch“ mit vielen Beteiligten. Das Projekt „Energiesparmchecker“ wurde mit einem sechsstelligen Betrag finanziert. Zusätzliche Mitarbeiter wurden für dieses Projekt allerdings nicht eingestellt. Für die Rhein Energie sei die Mindestversorgung ein ordnungspolitisches Thema, welches kein Energieversorger vor Ort lösen könne. Eine neue „intelligente Zählertechnik“ ermöglicht jedem Kunden eine Mindestmenge an Strom zu verbrauchen. Dies würde bedeuten, dass eine Kunde nicht komplett gesperrt wäre. Dieses Verfahren solle dazu dienen, die Bürger in die Beratung zu bringen. Diese Technik sei allerdings noch in der Pilotphase. Die Frage nach der Struktur der Haushalte sei aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht abschließend zu beantworten. Aus der Erfahrung heraus lässt sich folgende Vermutung äußern, dass vor allem ältere Menschen und verarmte Familien von Stromsperrungen betroffen seien. Hierzu gebe es aber keine Datengrundlage. Die Kommunikation mit den kommunalen Trägern zu diesem Thema sei gut, aber ein völliger Datenaustausch sei aufgrund des Datenschutzes natürlich nicht möglich. Die Zahl der Menschen welche den Energie-

versorger wechseln, nehme ständig zu und erschwere die Arbeit im Sinne des Gemeinwohls. Menschen die von Stromsperrungen betroffen seien gehören aber eher nicht zu den wechselwilligen Personen. Allerdings gebe es für diese Aussage keine verlässliche Datengrundlage. In einer Umstellungszeit wurden zwei Bereiche (Netz und Vertrieb) intern voneinander getrennt. In diesem Zeitraum wurden keine Mahnungen und Sperrungen ausgeführt, so dass die Anzahl der Stromsperrungen konstant blieb. Eine mögliche Stromsperrung werde erst ab einem Betrag von 150,- Euro durchgeführt.

Der Vorsitzende Herr Paetzold bittet darum, dass die noch offenen Fragen schriftlich beantwortet werden.

Herr Detjen bittet die Verwaltung, die Träger und die Rhein Energie bei dem Thema „intelligente Zählertechnik“ um konstruktive Zusammenarbeit.

Herr Corneth informiert den Ausschuss darüber, dass aktuell ein Projekt zu dem Thema „intelligente Zählertechnik“ in ca. 30.000 Haushalten in Köln angelaufen sei. Er schlägt vor, das Ende dieses Projektes abzuwarten, damit diese Informationen in die weiteren Gespräche mit einfließen können.

3.4 Anfrage der CDU-Fraktion aus Sitzung vom 26.04.2012 (TOP 10.2.1) bez. Mängel in der gesundheitlichen Versorgung wegen fehlender Krankenversicherung (AN/0596/2012) 2203/2012

Frau Gärtner dankt der Verwaltung für die Beantwortung und fragt ob und wo es eine Beratungsstelle für Menschen mit fehlender Krankenversicherung gebe. Sie erinnert daran, dass nach dem Willen des Gesetzgebers, kein Mensch in Deutschland ohne Krankenversicherung leben solle.

Frau Schmerbach fragt, ob sich Ausländer/innen bei Beginn einer Beschäftigung in einer gesetzlichen Krankenversicherung versichern können.

Der Vorsitzende Herr Paetzold bejaht die Anfrage von Frau Schmerbach.

Frau Hoyer fragt, welche Möglichkeit es gebe Impfkosten, z.B. vom Gesundheitsamt, zu übernehmen.

Frau Reker antwortet, dass es sich bei Impfungen um eine freiwillige Leistung handeln würde. Sie sagt aber zu, dass sie mit dem Gesundheitsamt über diese Problematik sprechen werde. Auf die Frage von Frau Gärtner verweist Frau Reker zuerst auf die Beratungsstellen der gesetzlichen Krankenkassen. Die Verwaltung könne dies momentan nicht leisten.

Herr Krücker erläutert, dass es eine gemeinsame Verantwortung der gesetzlichen Krankenkassen und der Sozialleistungsträger gebe. Er bietet an, bei gemeinsamen Gesprächen mit den Trägern eine Lösung zu suchen um eine Beratung zu diesem Thema sicherzustellen.

Frau Kleinpaß-Börschel erinnert daran, dass die unabhängige Patientenberatung ein kompetenter Ansprechpartner bei dieser Problematik wäre.

Herr Helling fragt, ob die unter Punkt 4 genannten Unionsbürger in der Mehrzahl aus Bulgarien und Rumänien kommen würden. Er bittet darum, dass sich der Ausschuss

mit allen Problemen die diese EU Bürger in Köln machen und darstellen, in Zukunft einmal beschäftigen solle.

Frau Stahlhofen bittet darum, dass die Caritas zu dem Thema „Menschen ohne Krankenversicherung“, in einer der folgenden Ausschusssitzungen einen Vortrag halten möge.

Der Vorsitzende Herr Paetzold nimmt die Anregung von Frau Stahlhofen auf.

3.5 Anfrage von Herrn Dr. Schulz zu den Arbeitsbedingungen/zur Betreuungsrelation im Jobcenter Köln 2339/2012

Herr Dr. Schulz fragt noch einmal nach dem Betreuungsschlüssel und bittet Herrn Kulozik um eine Stellungnahme.

Herr Kulozik antwortet, dass er zu der Vorlage drei Ergänzungen habe.

1. Die Vorlage stellt den Stand von April 2012 dar. In dem anschließenden Zeitraum wurde die Personalkapazität auf 1255 Stellen für die nächsten zwei Jahre erweitert, so dass sich der Betreuungsschlüssel weiter verbessert habe.
2. Der ausgewiesene Stellenschlüssel sei durch den Verwaltungshaushalt nicht auskömmlich. Dies bedeutet, dass Gelder aus dem Eingliederungstitel in den Verwaltungshaushalt umgeschichtet werden müssen. Dies würde in einer Größenordnung von 10.000.000,- Mio Euro geschehen.
3. Der ausgewiesene Betreuungsschlüssel sei ein rechnerischer Betreuungsschlüssel. Er sei die Grundlage für den Betreuungsschlüssel wie er bundesweit angewendet werde. Der tatsächliche Betreuungsschlüssel liege aktuell bei 1:255.

3.6 Mitteilung zu TOP 4.5 der Sitzung vom 26.04.2012 bzgl. des Kennzahlenvergleichs zur Schuldner- und Insolvenzberatung in den großen Großstädten 2343/2012

Frau Blümel kommentiert die Beratungskosten von 50,- Euro je angefangene Stunde. Sie gibt an, dass dies der Stand aus dem Jahre 2005, nach Einführung des SGB II, sei. Faktisch stammt die Zahl von 50,- Euro aber aus dem Jahr 1999. Damals wurde die Summe von 99,- DM auf 50,- Euro aufgerundet und dann im Jahr 2005 mit dem SGB II festgeschrieben. Damit seien die Beratungskosten seit 13 Jahren nicht mehr erhöht worden.

Herr Krücker fragt ob die 50,- Euro sowohl für den SGB II als auch für den SGB XII Bereich gelte und wo die Broschüre des Jobcenters zu finden sei.

Herr Santelmann antwortet, dass man sich bei den 50,- Euro für den SGB XII Bereich an dem SGB II Bereich orientiert habe. In nächster Zeit sind weitere Abstimmungsgespräche mit der Liga zu diesem Thema geplant.

Herr Helling fragt, was man sich unter einem Jahreskontingent für die Beratungsleistungen vorzustellen habe und wie sich dieses Jahreskontingent auf die einzelnen Träger auswirke.

Frau Blümel antwortet, dass das Jahreskontingent eine nach oben festgesetzte Summe sei, welche auf die Träger aufgeteilt werde. Wenn die gesamte Summe nicht ausgeschöpft sei könne man am Jahresende ggf. noch zusätzliche Gelder beantragen.

Herr Santelmann ergänzt, dass es für den SGB XII Bereich keine Beschränkung gebe. Im SGB II Bereich gebe es ein Jahresbudget und es würde Quartalsweise abgerechnet.

Frau Gärtner stellt fest, dass bei einem festgelegten Budget ständig mehr Personen beraten werden und deshalb die Budgets ggf. erhöht werden müssen. Für sie sei die Beratung nach SGB II eine Pflichtleistung und somit dürfe es keinerlei Einschränkung in der Beratung geben.

Frau Reker antwortet, dass es sich bei der Schuldnerberatung um eine Pflichtleistung handeln würde. Allerdings sei der Umfang dieser angebotenen Leistung durch den Bedarf bestimmt. Dies würde auch eine Präventionsberatung beinhalten. Bei der jetzigen Kölner Haushaltssituation müsse ein Weg gefunden werden, bei der die maximale Beratungstätigkeit gesichert werde und niemand in seinem Bedarf unberücksichtigt bleiben solle.

Herr Kersjes schlägt vor zu einer der nächsten Sitzungen eine Schuldnerberatungsstelle einzuladen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold stimmt dem Vorschlag von Herrn Kersjes zu.

3.7 Kooperation zwischen der Stadt Köln/Jobcenter und dem Mieterverein 2394/2012

Frau Hoyer fragt nach genauen Zahlen zu der Höhe der Einsparungen.

Herr Santelmann antwortet, dass es sehr schwierig sei genaue Zahlen zu ermitteln.

Herr Helling bemängelt, dass vielmehr Menschen eine persönliche Beratung durch den Mieterverein benötigen würden. Dieses Problem sei noch nicht gelöst.

Herr Corneth erläutert, dass die bemängelten Kritiken sehr ernst genommen wurden. Die Situation sei dem Mieterverein bewusst und er werde verstärkt an einer weiteren Optimierung gearbeitet.

4 Mitteilungen

4.1 Aktueller Sachstand zur Inanspruchnahme des Bildungspaketes (bereits am 26.04.2012 auf der Tagesordnung) 0688/2012

Frau Stahlhofen fragt nach dem aktuellen Stand der Nachhilfe, da die Nachhilfe nur bei Versetzungsschwierigkeiten genehmigt würde.

Frau Reker sagt eine Beantwortung zu.

4.2 Arbeitslosenberatung in Köln - Jahresbericht 2011 (bereits am 26.04.2012 auf der Tagesordnung) 1291/2012

Die Mitteilung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**4.3 Gesunde Städte Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland
hier: Kompetenzzentrum "Gesundheit im Alter"
1010/2012**

Herr Helling fragt, ob durch das Kompetenzzentrum finanzielle Einnahmen erzielt werden.

Frau Reker antwortet, dass sich die Städte austauschen und voneinander lernen würden. Finanzielle Einnahmen würden durch das Kompetenzzentrum nicht erzielt.

**4.4 Vorschlag zur Erstellung eines Handlungsprogramms KALK NORD 2012
+
1372/2012**

Die Mitteilung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**4.5 Sperrbezirke im Kölner Süden, Prostituierte aus Köln Meschenich, Seitenstreifen "Am Eifeltor"
1477/2012**

Der Vorsitzende Herr Paetzold merkt an, dass der Bericht über das „rapid assessment“ noch nicht vorliegen würde. In der nächsten Sitzung sei mit dem Bericht zu rechnen. Frau Stephan aus Berlin werde in der nächsten Sitzung ein Referat zu diesem Thema im Ausschuss halten. Die Kollegen und Kolleginnen aus dem Gesundheitsausschuss, werden zu diesem Tagesordnungspunkt, für die nächste Sitzung eingeladen.

Frau Hoyer fragt wie das Beratungsangebot katholischer Frauen zu diesem Thema aussehen würde.

Frau Reker sagt eine Antwort zu.

**4.6 Kölner Bildungsbericht - Bildungsmonitoring 2012
Von frühkindlicher Bildung bis Weiterbildung
1490/2012**

Die Mitteilung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**4.7 Kölner Statistische Nachrichten 2/2012
Generationenwechsel in älteren Ein- und Zweifamilienhausgebieten
1539/2012**

Der Vorsitzende Herr Paetzold erinnert daran, dass diese Mitteilung in die nächste Sitzung geschoben wurde.

Zur Mitzeichnung

Paraphe

Zur Sitzungs-
Vorbereitung

VI

		V	

Zur Kenntnis an:

01

VI

V

151

152

4.8 Tätigkeitsberichte der nichtstädtischen Antidiskriminierungsbüros über das Jahr 2011 1891/2012

Herr Dr. Schulz dankt für den interessanten Bericht. Da der Immobilienbestand in den genannten Kölner Stadtteilen von der Struktur her relativ alt sei, stellt sich für ihn die Frage, ob durch diese Ein- und Zweifamilienhäuser tatsächlich eine Entlastung der angespannten Situation von preiswertem Wohnraum in Köln zu erwarten sei. Auch sei fraglich, ob dem Renovierungsbedarf in den Häusern wirklich nachgekommen werde.

Herr Breuer antwortet, dass es sich um eine Pilotuntersuchung handeln würde. Bei der einen Hälfte der untersuchten Objekte handelt es sich um einen Generationenwechsel bei der anderen Hälfte um eine normale Fluktuation. Der Zustand vieler Objekte sei durch einen erheblichen Renovierungsbedarf gekennzeichnet. Trotzdem würden diese Objekte auf dem Markt Käufer finden. Der Vorteil dieser Objekte sei ihre gute örtliche Lage. In der Zukunft müsse man sich aber verstärkt den Bereich der 520.000 Bestandswohnungen ansehen, da diese auch einen erheblichen Renovierungsbedarf aufzeigen würden.

Herr Helling stellt fest, dass es in Zukunft eine gewisse Anzahl an Ein- und Zweifamilienhäusern gebe, die in Köln zum Verkauf angeboten würden. Für die Neubautätigkeit in Köln würde dies bedeuten, dass diese zurückgefahren werden könne weil man nicht am Markt vorbei planen solle.

Frau Gärtner sieht im Gegensatz zu Herrn Helling auch in Zukunft einen vermehrten Bedarf an Ein- und Zweifamilienhäusern.

4.9 Inklusionsplan für Kölner Schulen - Entwicklung inklusiver Bildungslandschaften in Verantwortungsgemeinschaft von Stadt und Land 2017/2012

Der Vorsitzende Herr Paetzold schlägt vor den Tagesordnungspunkt noch einmal in der nächsten Sitzung zu besprechen. Er bittet darum, dass in der nächsten Sitzung ein Vertreter von Dezernat vier anwesend sein möge.

**4.10 Pegel Köln 3/2012
Bevölkerungsentwicklung 2011
2253/2012**

Der Vorsitzende Herr Paetzold bemerkt, dass es in Köln zum sechsten Mal in Folge einen Geburtenüberschuss gebe.

**4.11 Information über geänderte Rechtsprechung zu Mietanteilen bei volljährigen Kindern und über die Umsetzung der Rechtsprechung
1944/2012**

Der Vorsitzende Herr Paetzold äußert sein Unbehagen über die geänderte Rechtsprechung zu Mietanteilen bei volljährigen Kindern.

5 Wohnen

**5.1 Pegel Köln 2/2012
Wohnungsmarkt Köln - Expertenbefragung 2011 -
Anspannung bei gutem Investitionsklima
2199/2012**

Frau Hoyer sagt, dass weitere Probleme in der sachgerechten Wohnungspolitik die Suche nach geeignetem Bauland und der Prozedur des Genehmigungsverfahrens sei.

6 Sachstand Programm Mülheim 2020

**6.1 MÜLHEIM 2020 - Sachstandsbericht
2335/2012**

Der Vorsitzende Herr Paetzold empfindet den vorliegenden Sachstandsbericht zu Mülheim 2020 sehr informativ. Er zählt auf, dass das Projekt Baustoff Recycling und das Vereinsheim für e-sports nicht mehr funktionieren werde. Da der Bericht so aktuell vorgelegt wurde bittet der Ausschussvorsitzende darum den Bericht auch in der nächsten Sitzung noch einmal zu besprechen.

Herr Helling bittet darum, dass der vorliegende Bericht auch dem Stadtentwicklungsausschuss vorgelegt werden solle.

7 JobCenter Köln

**7.1 Bericht des Jobcenters Köln
2338/2012**

Herr Dr. Schulz dankt für die detaillierte Übersicht. Er formuliert jedoch seine Zweifel, dass die erfreuliche Struktur der Integrationsarbeit angemessen betreut werden könne.

Herr Kulozik antwortet, dass die Belastung im Jobcenter sehr hoch sei. Daher wirke sich die Belastung auch auf den Erfolg der arbeitspolitischen Projekte aus. Er sagt, dass er gemeinsam mit den Trägern die Personalkapazitäten erhöhen werde. Allerdings sei es trotz der Belastung notwendig, arbeitspolitische Projekte, gerade für jüngere Menschen, durchzuführen. Die Wirkung für die Arbeitsmarktplanungen im nächsten Jahr werde bereits jetzt mit berücksichtigt.

Herr Helling bemerkt, dass ein enormer Fortschritt in der Arbeitsmarktpolitik erzielt wurde. Es wurde eine Transparenz über die Rolle des Ausschusses Soziales und Senioren, des Jobcenters und der Träger geschaffen. Weiter werde ermöglicht, dass Beteiligungen, mit einem ambitionierten Zeitplan, stattfinden können. In den Papieren werde auch auf die Wirkungen der Maßnahmen hingewiesen. Diese Aufarbeitung bedeute ebenfalls einen weiteren Fortschritt. Er dankt dem Jobcenter für die geleistete Arbeit.

Der Vorsitzende Herr Paetzold und Frau Hoyer schließen sich dem Dank an.

7.2 Anfragen an das Jobcenter

Frau Eggeling dankt für die Erstellung der Infobroschüren und fragt, ob die Kunden täglich das Jobcenter erreichen könnten.

Herr Kulozik antwortet, dass es sich um Werktage handeln würde.

8 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

8.1 Aufzug von der Haltestelle Altermarkt/Rathaus zum Rathausplatz hier: Beschlussempfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik aus der Sitzung am 22.06.2012 2414/2012

Der Vorsitzende Herr Paezold stellt fest, dass dieser Tagesordnungspunkt unter TOP 14 geschoben wurde und für verfristet erklärt wurde.

8.2 Toilettenkonzept - Beschlussempfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik - Sitzung am 22.06.2012 2413/2012

Der Vorsitzende Herr Paezold stellt fest, dass dieser Tagesordnungspunkt unter TOP 14 geschoben wurde und für verfristet erklärt wurde.

9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

9.1 Fertigstellung von Sozialhäusern durch private Investoren (bereits am 26.04.2012 auf der Tagesordnung) AN/0253/2012

Der Vorsitzende Herr Paezold stellt fest, dass in der letzten Sitzung Einigkeit darüber erzielt wurde, dass der Antrag der CDU Fraktion behandelt werden würde, wenn die Verwaltungsvorlage vorläge. Da dies nicht der Fall sei schlägt der Vorsitzende vor, den TOP in die nächste Sitzung zu schieben. Er fragt nach, wo die Verwaltungsvorlage sei.

Frau Reker antwortet, dass die Vorlage in der verwaltungsinternen Abstimmung sei.

Frau Gärtner bittet darum, dass dem Beschlussvorschlag heute zugestimmt werde damit dem Vorgang zusätzlicher Nachdruck verliehen würde.

Frau Reker erläutert, dass die Vorlagenerstellung ein schwieriger Abstimmungsprozess in der Verwaltung sei. Sie teilt das Interesse an der Fertigstellung der Vorlage mit Frau Gärtner.

Frau Hoyer würde ebenfalls dem Beschlussvorschlag heute zustimmen und unterstützt damit Frau Gärtner.

Herr Dr. Schulz erkennt die Dringlichkeit an. Er möchte aber erst die Verwaltungsvorlage lesen um dann zu einem fundierten Urteil zu kommen. Ohne die Verwaltungsvorlage sei dies nicht gewährleistet.

Herr Helling möchte ebenfalls zuerst die Stellungnahme der Verwaltung zu diesem hochkomplizierten Verfahren, da die Komplexität in dem CDU Antrag überhaupt nicht berücksichtigt sei.

Der Vorsitzende Herr Paezold fragt Frau Gärtner, ob heute über den Antrag abgestimmt werden solle.

Frau Gärtner bejaht die Frage von dem Vorsitzenden Herrn Paetzold.

Der Vorsitzende Herr Paezold stellt den Antrag zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Verwaltung wird mit der Kostenermittlung für folgende alternative Finanzierungsoption der städtischen Sozialhäuser beauftragt:

Die Fertigstellung von Sozialhäusern - für die noch keine größeren Planungsleistungen in Auftrag gegeben wurden – sollen durch private Investoren (Erbpacht) erbaut und anschließend von der Stadt zurückgemietet werden.

Den hierfür ermittelten Kosten soll der aktuelle Finanzplan bei Realisierung

durch die Stadt Köln gegenübergestellt werden.

Eine Reduzierung der bisher angelegten Standards soll hierbei mit geprüft werden.

Abstimmungsergebnis:

Der Antrag wird mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion abgelehnt. Die Fraktion Pro Köln hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

10.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

10.1.1 Mängel in der gesundheitlichen Versorgung wegen fehlender Krankenversicherung (bereits am 26.04.2012 auf der Tagesordnung) AN/0596/2012

10.1.2 Betriebsintegrierte Werkstattarbeitsplätze und Ausbildungsplätze für behinderte Menschen AN/0329/2012

Frau Schmerbach erläutert, dass in NRW 1000 Stellen betriebsintegrierter Arbeitsplätze gefördert würden und hofft, dass auch in Köln weitere Stellen gefördert würden.

Frau Reker sagt zur nächsten Sitzung eine Antwort zu.

10.2 Aktuelle Anfragen

10.2.1 Kooperation zwischen Stadt Köln/Jobcenter und dem Mieterverein AN/1006/2012

10.2.2 Seniorennetzwerke in Köln AN/1087/2012

Frau Reker sagt zur nächsten Sitzung eine schriftliche Beantwortung zu.

10.2.3 Handhabung bei den Kosten der Unterkunft nach dem Urteil des BSG und dem Hinweis des MAIS. AN/1091/2012

Frau Reker sagt für diesen Tagesordnungspunkt eine schriftliche Beantwortung zur nächsten Sitzung zu.

11 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

11.1 Empfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik zur "Offenen Schule Köln" (bereits am 26.04.2012 auf der Tagesordnung) 0874/2012

Der Vorsitzende Herr Paetzold erläutert warum der Tagesordnungspunkt noch einmal auf der Tagesordnung ist. In der letzten Sitzung wurde die Vorlage ohne Votum in den Ausschuss Schule und Weiterbildung geschoben. Er stellt fest, dass keiner wusste, dass so ein Vorgehen nicht der Geschäftsordnung entsprechen würde. Der Vorsitzende Herr Paetzold äußert seinen Unmut und sein Bedauern darüber, dass die Bürokratie eine gute Sache für das kommende Schuljahr nicht zu ließe.

Frau Gärtner schließt sich dem Unverständnis des Vorsitzenden an. Sie würde das Projekt ebenfalls befürworten hatte aber in der letzten Sitzung noch Beratungsbedarf.

Frau Reinecke vermeldet eine positive Entwicklung der offenen Schule in Köln. Das Projekt wurde durch das fehlende Votum des Ausschusses Soziales und Senioren nicht behindert. Die Schule wird voraussichtlich zum Schuljahr 2012/2013 eröffnet.

Der Vorsitzende Herr Paetzold freut sich über diese positive Nachricht und ruft zur Abstimmung auf.

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung und der Ausschuss Soziales und Senioren begrüßen ausdrücklich die Eröffnung der „Offenen Schule Köln“ und fordern die Verwaltung auf, alles Erforderliche dafür zu tun, um einen Start des Unterrichts zum Schuljahr 2012/2013 zu ermöglichen. Dies umfasst auch die Unterstützung des Vorhabens gegenüber anderen Behörden wie der Landesregierung oder der Bezirksregierung.
2. Abweichend von dem Beschluss der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik wird die Verwaltung aufgefordert zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen kommunale Mittel, die bisher zur Förderung eines Kindes an Förderschulen zur Verfügung standen, auch bei einem inklusiven Schulbesuch der betroffenen allgemeinbildenden Schule zur Verfügung gestellt werden können.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

11.2 Antrag auf Anerkennung als Interkulturelles Zentrum, hier: MAGNET - Deutsch-Russisches Kultur- und Integrationszentrum e.V., Frankfurter Str. 102-104, 51065 Köln 1893/2012

Der Vorsitzende Herr Paetzold sagt, dass der Jugendhilfeausschuss beschlossen habe MAGNET als Träger der Freien Jugendhilfe an zu erkennen. Auch der Integrationsrat habe sich für eine Anerkennung ausgesprochen.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt die Anerkennung des Vereins MAGNET - Deutsch-Russisches Kultur- und Integrationszentrum e.V., Frankfurter Str. 102-104, 51065 Köln als Interkulturelles Zentrum.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

11.3 Bedarfsfeststellungsbeschluss zur Vergabe: "Freie Mitarbeit im Veranstaltungsbereich des Bürgerhauses Kalk" für den Zeitraum 3. und 4. Quartal 2012 2252/2012

Der Vorsitzende Herr Paetzold erklärt, dass es sich um bereits eingestelltes Geld handeln würde. Es sei aber so, dass der Ausschuss die Vergabe der finanziellen Mittel beschließen müsse. Durch diesen Beschluss müsste man sich aber nicht noch mehr Sorgen um den Haushalt machen.

Frau Gärtner bittet darum, dass der entscheidende Punkt an der Vorlage deutlicher herausgearbeitet werden solle.

Beschluss:

Gemäß § 5 (1) der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln erkennt der Sozialausschuss den Bedarf für eine „Freie Mitarbeit im Veranstaltungsbereich des Bürgerhauses Kalk“ mit einem Auftragsvolumen bis zu maximal 9.990,90 € netto und brutto 11.888,10 € für das 3. und 4. Quartal 2012 an. Die hierfür benötigten Mittel stehen in entsprechender Höhe in den Haushaltsansätzen 2012 zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

11.4 Handlungskonzept Behindertenpolitik - "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle" hier: 1. Folgebericht - "2010/2011 Bilanz und Ausblick" 1771/2012

Der Vorsitzende Herr Paetzold sagt, dass ein Beschluss in der August Sitzung gefasst werden würde.

Beschlussvorschlag:

Der Rat nimmt den 1. Folgebericht zum Handlungskonzept Behindertenpolitik „Köln überwindet Barrieren – eine Stadt für alle“ zustimmend zur Kenntnis und beschließt die darin benannten Ziele und Handlungsprioritäten. Die Verwaltung wird beauftragt diese umzusetzen. Die Umsetzung richtet sich nach den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln.

Der nächste Folgebericht über die Umsetzung ist den politischen Gremien in 2016 vorzulegen.

Darüber hinaus sind der Ausschuss Soziales und Senioren und die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und gegebenenfalls weitere Fachausschüsse des Rates und Bezirksvertretungen durch die regelmäßige Berichterstattung der Behindertenbeauftragten über wichtige Entwicklungen und Zwischenergebnisse zeitnah zu informieren.

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag wird zur weiteren Bearbeitung in die nächste Sitzung geschoben.

12 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

13 Ausschussempfehlungen an den Rat

14 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

15 Anfragen

Herr Helling erinnert daran, dass er in der Sitzung am 26.04.2012 bemängelt hatte, dass der Liegenschaftsausschuss einen Beschluss zur städtischen Liegenschaft in der Stresemannstr. 6a (0974/2012) gefasst hatte, der dem Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis vorgelegt werden sollte. Seine Anfrage sei leider in der Verwaltung nicht so verstanden worden. Er habe die Information erhalten, dass darüber ein Beschluss gefasst werden müsse. Er bittet darum eine Beschlussfassung darüber zu erstellen, dass der o.g. Beschluss dem Ausschuss als Mitteilung vorgelegt werden sollte.

Herr Guth erklärt die Problematik. Das Begegnungszentrum in Finkenberg wird, im Gegensatz zu den anderen Bürgerhäusern, gebäudetechnisch vom Amt für Liegenschaften verwaltet. Deshalb werden alle baulichen Aspekte vom Amt für Liegenschaften gefällt. Deshalb müsse der Ausschuss Soziales eine offizielle Anfrage stellen.

Frau Gärtner weist auf die Geschäftsordnung hin, dass unter Anfragen keine Beschlüsse gefasst werden können und sagt, dass sie nicht an der Abstimmung teilnehmen werde.

Der Vorsitzende Herr Paetzold bestätigt die Einschätzung von Frau Gärtner.

Herr Helling stellt nach weiterer Diskussion einen Dringlichkeitsantrag, dass der Beschluss zur städtischen Liegenschaft in der Stresemannstr. 6a (0974/2012) dem Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis vorgelegt werden sollte. Die Dringlichkeit besteht darin, dass sich die Notwendigkeit des Antrages erst vor kurzem dargestellt hat.

Der Vorsitzende Herr Paetzold lässt über die Dringlichkeit abstimmen. Nachdem der Vorsitzende Herr Paetzold die Dringlichkeit festgestellt hat, lässt er über den Beschluss abstimmen.

Beschluss:

Herr Helling von Bündnis 90/Die Grünen stellt einen Dringlichkeitsantrag, dass der Beschluss zur städtischen Liegenschaft in der Stresemannstr. 6a (0974/2012) dem Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis vorgelegt werden sollte. Die Dringlich-

keit besteht darin, dass sich die Notwendigkeit des Antrages erst vor kurzem dargestellt hat.

Beschluss:

Die Mitteilung zur städtischen Liegenschaft in der Stresemannstr. 6a (0974/2012) soll dem Ausschuss Soziales und Senioren zur Kenntnis vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Dringlichkeit wurde einstimmig festgestellt. (Frau Gärtner von der Fraktion der CDU hat nicht an der Abstimmung teilgenommen)

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt (Frau Gärtner von der Fraktion der CDU hat nicht an der Abstimmung teilgenommen)